

cau, Hongkong, Ostasien, den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Darunter sind bedeutende Vertreter der internationalen Glücksspielindustrie wie „MGM Mirage“ und „The Venezian“, aber auch eine Reihe wenig bekannter Konsortien mit wunderlichen Geschäftsnamen wie „Bay of Our Lady of Hope Real Estate Development Company“ oder „Art Concept International Foundation for Cultural Study“. Die Projektgruppe für die Liberalisierung der Glücksspielindustrie prüft die Erklärungen. Seit 1937 hat Macaus Regierung das Monopol für den Kasinobetrieb vergeben. Eine von Hongkonger Kaufleuten gegründete Unterhaltungsgesellschaft erwarb die erste Kasino-Konzession für 300.000 MPtc, die sie bis 1962 behalten sollte. (SCMP, 13., 27.10.01; Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 10., 19., 21., 31.10.01) -ljk-

Taiwan

37 Taiwans Volkswirtschaft: Wettbewerbsfähigkeit höhergestuft

Das World Economic Forum in Genf gab im Oktober seine neue Einstufung der Wettbewerbsfähigkeit von 74 Volkswirtschaften bekannt. Auf der Rangliste rückte Taiwan von Platz zehn auf Platz sieben vor. Auf Platz eins kam Finnland, es folgten die USA, Kanada, Singapur, Australien und Norwegen. Deutschland stand auf Platz 17.

Der Einstufung liegt die Auswertung von 179 Einzelindikatoren zu Grunde, wobei die Meinungen von 3.000 befragten Managern eine große Rolle spielen. Da eine wissenschaftlich saubere Gewichtung der Indikatoren nicht möglich ist und wegen der großen Bedeutung persönlicher und damit subjektiver Einschätzungen genießt das Ranglistenverfahren unter Wirtschaftswissenschaftlern kein hohes Ansehen. Auf Grund der insgesamt guten Positionierung ist die Wertung für Taiwan dennoch nicht ohne Signifikanz. Dies bestätigt sich auch bei näherer Betrachtung. So zählten

die Genfer, unterstützt durch zwei Harvard-Professoren, Taiwan zu den 21 „Kernvolkswirtschaften“ der Erde. Im Subindex „Technologieniveau“ kam Taiwan auf den vierten Platz, hinsichtlich der Qualität öffentlicher Institutionen auf den 24. und im Subindex „makroökonomische Wachstumsfaktoren“ auf den 15.

Hinsichtlich der mittelfristigen Wachstumschancen (bis fünf Jahre) erzielte Taiwan bessere Werte als bei den aktuellen: Taiwan sei wegen hoher Kosten anfällig für Konkurrenz aus Billiglohnländern wie China. Demnach wird von Taiwan eine anhaltend starke Innovationsorientierung gefordert.

Der Vizedirektor des Rats für Wirtschaftsplanung in Taipei sah in Taiwans Höherstufung eine „verspätete Anerkennung“ der Liberalisierungs- und Deregulierungsschritte der letzten Jahre. (TH, 19.10.01; *Taipei Journal*, 18.Jg., Nr.41 vom 26.10.01, S.3) -hws-

38 Chip-Hersteller rüsten in schweren Zeiten für den nächsten Aufschwung

Taiwans Halbleiterhersteller durchschreiten derzeit ein Tal der Tränen. 128-Megabyte D-Ram-Chips, die in der Herstellung 2,50 bis 3 US\$ kosten, erzielen im Verkauf nur noch 1 US\$. Schon im zweiten Quartal 2001 hatten Taiwans Chipfabrikanten einen Absatzrückgang um über 60% gegenüber dem Vorjahr zu verkräften, Taiwan Semiconductor Manufacturing Corporation (TSMC) als Weltgrößter der Branche verbuchte damals trotz eines Einbruchs von 44% immerhin sogar noch einen Gewinn. Doch seit den Terroranschlägen vom 11. September haben sich die Aussichten auf baldige Erholung noch einmal kräftig eingetrübt. Das laufende Jahr wird als das schlechteste in die Geschichte der Informationstechnikanbieter eingehen. Ein Analyst der Commerzbank gab die Kapazitätsauslastung der Branche Anfang Oktober mit 30 bis 40% an.

Allerdings zeigt sich in Taiwan, dass die größten Firmen wohl die besseren Überlebenschancen haben. Während sinkende Erlöse und die steigenden Liquiditätsprobleme die kleineren Konkurrenten in Korea, Singapur und anderswo (so auch im eigenen Land) in eine existenzgefährdende Krise stürzt,

die umso weniger überleben werden, je länger die Verkäufe im Keller verharren, sehen Taiwans zwei Giganten, neben TSMC als zweitgrößter auch United Microelectronics (UMC), die Zeit gekommen, sich auf den nächsten Aufschwung vorzubereiten. UMC will die Schwierigkeiten der Wettbewerber nutzen, deren Produktionskapazitäten aufzukaufen, und sei es, um die Fabriken stillzulegen. Wenn sich die Befürchtungen bewahrheiten, die ein Manager des fünfgrößten taiwanischen Chipfabrikanten Nanya äußerte, wonach die Hälfte der D-Ram-Fabriken schließen muss, falls die Flaute noch zwei Quartale anhält, hätte UMC bei der Umsetzung seiner Pläne reichlich Spielraum. UMC setzt zudem darauf, dass die großen Elektronikfirmen in der gegenwärtigen Krise eigene Kapazitäten abstoßen und in Zukunft verstärkt auf Zulieferer wie UMC setzen. Auch hier sieht sich die Firma mit ihrer Zukaufstrategie gerade im Hinblick auf den nächsten Boom auf dem richtigen Weg.

TSMC gibt sich noch stärker zukunftsorientiert. Zwar entzieht sich auch der Marktführer nicht dem allgemeinen Trend der Produktionsverlagerungen auf das chinesische Festland und kündigte an, dort innerhalb der nächsten zwei Jahre eine Chipfabrik bauen zu wollen, doch wird gleichzeitig in den Standort Taiwan investiert: Der gewaltige Betrag von 700 Mrd. NT\$ (ca. 23 Mrd. Euro) soll in den Bau von fünf neuen Fabriken in Tainan und einer weiteren in Hsinchu (Xinzhü) gesteckt werden. Morris Chang, der TSMC-Vorsitzende, machte den Zeitrahmen allerdings von der Entwicklung der Konjunktur abhängig.

Für TSMC, das mit seinen Investitionen sowohl bei den Produkten wie bei der Maschinerie auf modernste Technik setzt, scheinen die Aussichten schon jetzt nicht allzu schlecht zu sein. Die Firma erwirtschaftete im 3. Quartal 2001 zwar nur noch 6% der Einnahmen, die sie im gleichen Vorjahresquartal erzielen konnte, die Verkaufserlöse lagen jedoch über denen des 2. Quartals 2001. Börsenanalysten erklärten sowohl USM- wie auch TSMC-Aktien seien derzeit ausgesprochene Schnäppchen, da die Firmen von einer Wiederholung der US-Wirtschaft besonders stark profitieren

werden. (FT, 1.10., 2.10., 3.10., 26.10., 30.10.01; NfA 25.10.01; TT, 26.10.01; WSJ, 16.10., 26.10.01) -hws-

39 Regierung und Opposition einig in Kritik an Taiwans Behandlung auf APEC-Tagung

Man hatte es geahnt, dass die Animositäten zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße auf der diesjährigen Tagung des Asiatisch-pazifischen Entwicklungsrates (*Asian Pacific Development Council*, APEC) neuen Zündstoff finden würden, denn Gastgeberland war China, und das Treffen fand in Shanghai statt. In der Vorbereitungsphase lief alles noch relativ gut, und auch die eigentliche Tagung, auf der Taiwan, wie üblich als „Chinese Taipei“ bezeichnet, durch Wirtschaftsminister Lin Hsin-yi (Lin Xinyi) vertreten wurde, konnte in normalem Rahmen abgewickelt werden. Unter anderem fand Lin dabei Gelegenheit, mit seinem Beijinger Kollegen Shi Guangsheng zu konferieren. Lin bedankte sich bei ihm sogar „für die höfliche Behandlung“, die ihm beim Shanghai-Besuch zur Teilnahme am Ministerforum zuteil wurde.

Um diese Zeit (16. Oktober) zeichnete sich allerdings bereits ab, dass es bei Artigkeiten nicht bleiben würde. Für das informelle Treffen von Regierungschefs, das seit 1993 im Rahmen der APEC-Tagung stattfindet, hatte Präsident Chen Shui-bian, da seine Person für China nicht akzeptabel war, den früheren Vizepräsidenten Li Yuan-zu (Li Yuancu) ausgewählt. Der aber passte den Gastgebern nicht, und sie verweigerten ihm eine offizielle Einladung. Chen beharrte auf seiner Wahl mit der Folge, dass das Treffen erstmals ohne Vertreter Taiwans stattfand.

APEC ist eines der ganz wenigen internationalen Foren, in denen Taiwan überhaupt zugelassen ist. Wegen Chinas Alleinvertretungsanspruch kann es dabei jedoch nicht als Staat auftreten, und China wacht eifersüchtig darüber, dass nicht im entferntesten der Eindruck entsteht, Taiwan sei doch etwas Eigenständiges. Als Vertreter Taiwans wird daher entsprechend dem APEC-Arbeitsbereich stets nur ein Wirtschaftsfachmann zu-

gelassen, der protokollarisch maximal auf Ministerebene rangieren darf. Li Yuancu, in Deutschland promovierter Jurist, war jedoch kein Wirtschaftsexperte und als Vizepräsident stand er zumindest früher auf höherer Position. Soweit Chinas Gründe für die Ablehnung.

Laut taiwanischer Ansicht war Li als Strafrechtsexperte jedoch der geeignete Mann, da es auf dem informellen Treffen vor allem um Terrorismusbekämpfung gehen sollte. Außerdem stamme die Übereinkunft, wonach Taiwan nur Wirtschaftsexperten schicken dürfe, von 1991, als es die Treffen der Regierungschefs noch gar nicht gab.

Die Fraktionen aller der drei größten Parteien im Taipeier Parlament protestierten einhellig gegen Beijings Verhalten. Der Fraktionsvorsitzende der PFP erklärte, der einzige Effekt sei, Taiwans Bevölkerung China noch mehr zu entfremden. Der PFP-Vorsitzende James Soong (Song Chuyu), der schon in der Vergangenheit gegenüber Beijing ein ausgeprägtes nationales Selbstbewusstsein zeigte, kündigte an, wegen des Vorfalls in Beijing selbst „ernsten Protest“ einzulegen. PFP und KMT kritisierten allerdings auch Chen, freilich in konträrer Weise: Während die KMT fand, Chen habe die Nichtvertretung Taiwans durch Ungeschick mit verschuldet oder, wie drei Fraktionsmitglieder insinuierten, gar aus wahlkampfaktischen Gründen herbeigeführt, fand James Soong, Chen hätte schärfer reagieren sollen. Die Öffentlichkeit unterstützte überwiegend ebenfalls den Präsidenten.

Sachlich war Beijings Verhalten in der Tat nicht zu rechtfertigen. Da die Terrorismusbekämpfung im Vordergrund stand und dazu alle Staaten, die zur Vorbereitung terroristischer Aktionen dienen können, eingebunden werden müssen, wäre Taiwans Vertretung durch einen anderen als einen Wirtschaftsexperten sinnvoll gewesen. Beijing hatte sich zudem provozierend und seiner Gastgeberfunktion nicht entsprechend verhalten, indem es im Schriftverkehr mit Taipei im Vorfeld des Forums Telefaxe schickte, die keinen Adressaten enthielten und nicht unterzeichnet waren.

Andererseits hätte sich Chen Shui-bian der Schwäche der eigenen Position bewusst sein müssen und durch peinliche Beachtung der Formalien Beijing keinerlei Vorwände liefern dürfen. Dadurch, dass Taiwan nun nicht präsent war, war für die Sache Taiwans nichts gewonnen. Unabhängige politische Beobachter, darunter ein früherer Außenminister der KMT, hatten jedoch zunächst Chens Entscheidung für Li Yuan-zu ausdrücklich begrüßt.

Zum APEC-Forum s. auch das Thema „China und die APEC“ in diesem Heft. (CNAT, nach BBC PF, 14.10., 16.10., 18.10., 19.10., 22.10.01; TH, 19.10.01; TT, 11.10., 16.10., 19.10.01; WSJ, 22.10.01) -hws-

40 Mehrheit der Wähler noch unentschieden; gute Werte für Chen Shui-bian

Mit den näher rückenden Parlaments-, Kreis- und Stadtratswahlen am 1. Dezember gewann der Wahlkampf im Oktober an Intensität. Die Regierung verschärfte ihren Kampf gegen die Unsitte des Stimmenkaufs. Der ansonsten überaus geachtete Justizminister Chen Ding-nan musste dabei allerdings Kritik einstecken, nachdem die ihm unterstehende Staatsanwaltschaft erklärte hatte, alle Geschenke von Kandidaten an Wähler im Wert von über 30 NT\$ – äquivalent einem Euro – würden als Bestechungsversuch gewertet. Mit einem derart niedrigen Wert, so die Kritiker, verzettelte sich die Justiz.

Halbwegs sichere Wahlprognosen gab es im Oktober noch nicht, da nahezu die Hälfte der Befragten noch unentschieden war oder keine Meinung äußerte. Dennoch zeichnete sich eine günstige Tendenz für die Regierungspartei DPP von Präsident Chen Shui-bian ab, die bei einer am 11. Oktober bekannt gegebenen Umfrage mit 21,9% Zustimmung den besten Wert erzielte gegenüber 15,4% für die Kuomintang (KMT) und 13,5% für die PFP. Sowohl die neue Partei des ehemaligen KMT-Chefs und Expräsidenten Lee Teng-hui (Li Denghui) als auch die wiedervereinigungsorientierte NP blieben unter 2%.

Bei einer weiteren Umfrage, die vom 23. bis 25. Oktober durchgeführt wur-

de, war die Zahl der Unentschlossenen noch gewachsen, und die Zustimmungswerte für alle drei großen Parteien waren gesunken, ihre Reihenfolge jedoch gleich geblieben (DPP: 14%, KMT: 10%, PFP: 7,9%).

In einer anderen Umfrage erklärten knapp 53% der Befragten, sie seien mit der Leistung der Regierung zufrieden. Dabei ergaben sich auch deutlich höhere Sympathiewerte für Chen Shuibian als für seine Konkurrenten: Chen kam hier auf 34%, James Soong (Song Chuyu) von der PFP auf 20% und Lien Chan (Lian Zhan) von der KMT nur auf 10%. Er liegt damit immer noch deutlich hinter seinem Amtsvorgänger Lee Teng-hui, der 18,8% erzielte. Noch signifikantere Ergebnisse lieferte die gegenteilige Frage: „Wen mögen sie nicht?“ Hier kam Chen auf einen Ablehnungswert von nur 19,5 gegenüber knapp 50% bei Lee, 54% bei Lien und etwas günstigeren 39,5% bei James Soong.

In Sachfragen urteilen die Wähler allerdings anders als bei Sympathiefragen. So wurde die Wirtschaftskompetenz der KMT mit 64 Punkten auf einer 100-Punkte-Skala deutlich günstiger beurteilt als die der DPP mit 53,5 Punkten. Da 86% der Befragten den Zustand der Wirtschaft als dringendstes Problem in Taiwan ansahen, wird die KMT bei den Wahlen hiervon eher profitieren, als dass sie unter dem schlechten Ansehen ihres Parteichefs leidet. (CNAT, nach BBC PF, 7.10., 22.10.01; CNAT, nach FBIS, 26.10., 28.10.01; TT, 5.10.01) -hws-